



## Kreisvorsitzenden-Konferenz CDU gut aufgestellt

**Das ist die Botschaft, die von der Konferenz der Kreisvorsitzenden am 13. März in Berlin ausging.**

In einer ausführlichen Strategieanalyse berichtete Angela Merkel den über 200 Kreisvorsitzenden, die aus ganz Deutschland der Einladung ins Konrad-Adenauer-Haus gefolgt waren, über die Eckpunkte der Strategie

im Wahljahr mit den verbleibenden 12 Wahlen. Die besondere Herausforderung werde für die CDU darin bestehen, Wahlkampfstrategie und die konstruktive Mitarbeit am Reformprozess in Einklang zu bringen, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. ▶

### INHALT

Laurenz Meyer  
Karl-Josef Laumann:  
Übereinstimmung beim  
Kündigungsschutz

Seite 11

Dokumentation:  
Bundesfachausschuss  
Agrarpolitik  
Grundsatzerklärung  
Erklärung zur Grünen  
Gentechnik  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Kreisvorsitzenden-Konferenz: CDU gut aufgestellt (Seite 1-5) ■ Laurenz Meyer: Rundschau-Beteiligung dient Parteiinteressen (Seite 6) ■ Norbert Röttgen: Parteienmacht und Medienmacht trennen (Seite 7) ■ Trendwende geschafft: Mitgliedszahlen der CDU steigen! (Seite 8) ■ Betriebsrenten noch nicht stärker belasten (Seite 9-10) ■ „Hamburg im Aufwind – die Zukunft der wachsenden Stadt gestalten“ (Seite 12) ■ Peter Harry Carstensen: „Ein hervorragender Kandidatenmix!“ (Seite 13) ■ Baden-Württemberg: Wahlkampfseminar für Kommunalwahlkandidaten (Seite 14) ■ Helmut Heiderich: Biopatente: Rot-Grün verschläft vier Jahre (Seite 15) ■ Hartmut Koschyk: Bessere Kooperation der Sicherheitsbehörden (Seite 16) ■ Michael Fuchs: Von Bürokratieabbau keine Spur (Seite 16-17)

► Einer Blockadepolitik erteilte Angela Merkel eine deutliche Absage. Sie zeigte sich überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler es nicht verstehen würden, wenn die CDU aus wahlkampfaktischem Kalkül Stillstand erzwingen würde. Für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sei die Union der einzige Garant dafür, dass der Reformprozess in die richtige Richtung geht. Der historische Sieg von Ole von Beust in Hamburg habe aber gezeigt, dass die CDU auch unter diesen Bedingungen erfolgreich Wahlkämpfe führen kann.

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Staaten am 1. Mai verglich die Parteivorsitzende mit dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung. Man solle sich davor hüten, in einem Beitrittsprozess die „Einen“ als Bereicherung, die „Anderen“ als Belastung zu sehen. Die Zukunft könne nur gemeinsam gestaltet werden. Das setze voraus, dass man sich gegenseitig respektiere und die gegenseitigen



gen Stärken und Schwächen akzeptiere. So könne der Westen Deutschlands auch vom Osten lernen, ebenso wie die EU-Mitgliedsstaaten von den Beitrittsstaaten.

Ein sehr wichtiges Anliegen sei der CDU die Kommunalpolitik, erklärte Angela Merkel. Die Politik vor Ort müsse wieder auf sichere Füße gestellt werden. Kommunalpolitik dürfe nicht verkommen zu einer Ausführungsstelle für Landes- und Bundespolitik. Deshalb müsse auch der mit der SPD vereinbarte Bundesausgleich für die Städte und Gemeinden in Höhe von 2,5 Mrd. Euro eingefordert werden. Auf keinen Fall

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



dürften die Kommunen zusätzlich belastet werden. Den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen maß Angela Merkel eine besondere strategische Bedeutung zu, da sie wenige Monate vor den Landtagswahlen stattfinden würden. Noch nie habe eine so reale Chance bestanden, die Regierung in einem sogenannten SPD-Stammland zu übernehmen. Deshalb werde die nordrhein-westfälische CDU alle Unterstützung erfahren, kündigte Angela Merkel an. In diesem Zusammenhang machte die Vorsitzende deutlich, dass die Union ihr Ziel von 40 + X nur dann erreichen könne, wenn alle Bürgerinnen und Bürger mitgenommen würden. „Wer meint, dass Klientelpolitik oder einseitige Maximalforderungen zum Erfolg führen, der irrt.“ Dies gelte auch für die strategisch wichtigen Landtags-

wahlen in Sachsen und Thüringen. Hier gehe es nicht nur um die Verteidigung absoluter Mehrheiten. Bei diesen Wahlen gehe es auch um den Erhalt der Mehrheit im Bundesrat und damit um die Möglichkeit, auf den Reformprozess Einfluss nehmen zu können.

Als Ehrengast stellte sich Horst Köhler den Kreisvorsitzenden vor. Er sehe es im Moment als seine vornehmliche Aufgabe, sich der Öffentlichkeit vorzustellen, betonte der Kandidat von CDU/CSU und FDP für das Amt des Bundespräsidenten. Dabei sei es ihm ein besonderes Anliegen, sich dem Personenkreis, der das Rückrat derjenigen Partei bilde, die ihn als Bundespräsidentchaftskandidat mitnominiert habe und der er angehöre, persönlich vorzustellen. Horst Köhler machte deutlich, dass nicht nur der hohe Vertrauensvorschuss

der Vorsitzenden von CDU/CSU und FDP ihn bewogen haben, die Kandidatur anzunehmen. Mindestens ebenso wichtig sei ihm das Votum seiner Familie gewesen. Das harmonische Verhältnis zu seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern seien wichtige Gründe, warum er sich zutraue, dieses wichtige Amt zu übernehmen. Sie würden ihm die nötige Verankerung geben und seien ein Ruhepol für ihn.

Horst Köhler zeigte sich überzeugt, dass das Konzept der sozialen Marktwirtschaft auch im 21. Jahrhundert Gültigkeit haben werde. Es gebe keinen Zweifel daran, dass der Sozialstaat umgebaut werden müsse. Dabei sei der soziale Gedanke nicht aufzugeben, sondern müsse an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Köhler betonte, dass das Soziale elementarer Bestandteil von Frieden und friedlichem Zusammenwirken in einer Gesellschaft sei. Deshalb werde er das Konzept der sozialen Marktwirtschaft offensiv verteidigen. Seine Erfahrung im Ausland hätte ihm klar gemacht, dass der Markt ohne soziale Komponente nicht auskomme. In diesem Zusammenhang wies Köhler auch auf ethische Fragen hin, die bei der Diskussion um Zukunftsfragen eine

wichtige Rolle spielen müssten. Köhler unterstrich, dass die anstehenden Probleme in Deutschland und in der Welt nur dann gelöst werden könnten, wenn die Bevölkerung mitmache. Er sehe seine Aufgabe deshalb darin, die Menschen zu ermutigen, und ihnen zu vermitteln, dass sie auf dem Reformweg nicht alleine gelassen sondern mitgenommen würden. Horst Köhler kündigte an, dass er in einen ausführlichen Dialog mit den Menschen treten werde, um zu erfahren, „wo der Schuh drückt“. Zu gegebener Zeit werde er sich dann zu allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen äußern.

Der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, ging in seiner Rede auf die besondere Bedeutung der Europäischen Verfassung für den Europäischen Integrationsprozess ein. Als große Errungenschaften der Verfassung nannte der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament die Festschreibung der gemeinsamen Werte der Europäischen Union, der Aufgaben des Europäischen Parlaments und der größeren Transparenz im Ministerrat. Das sehr gute Ergebnis, das der Konvent mit seinem Verfassungsentwurf

erreicht habe, dürfe jetzt nicht an der Unbeweglichkeit der Regierungen scheitern, warnte Pöttering. Wenn ab dem 1. Mai 2004 455 Millionen Menschen in der Europäischen Union leben, werde die Verfassung das rechtliche Fundament für die Zukunft bilden. „Es ist notwendig, gemeinsame Methoden für die Bewältigung von Interessenkonflikten und Krisen festzulegen und damit letztlich den Frieden in Europa zu sichern“.

Pöttering kündigte an, dass die EVP-ED-Fraktion darauf achten werde, dass sich bei der Berufung des nächsten Kommissionspräsidenten die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament widerspiegeln würden. Dies sei keine parteipolitische Frage sondern eine Frage des demokratischen Prinzips. Der Spitzenkandidat für die Europawahl zeigte sich überzeugt, dass die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion das „Maß der Mitte“ sei. Deshalb müsse die Union Flagge zeigen bei



ihren Werten und bei der Verteidigung ihrer Überzeugungen. Das Verhalten der Regierung Schröder in der Irak-Krise bezeichnete Pöttering als „geschichtsloses Handeln“. Rot-Grün hätte es nie verstanden, dass Europa nur dann als gleichberechtigter Partner der Amerikaner anerkannt werde, wenn sich die Europäer untereinander auf einen einheitlichen Standpunkt einigen könnten.

In seiner Rede stellte Generalsekretär Laurenz Meyer die übergeordnete Parteistrategie für das Superwahljahr 2004 vor. Einerseits werde man sich mit der innenpolitischen Bilanz der Regierung auseinandersetzen, andererseits aber auch eigene Wege aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise präsentieren. Kernelement dieser Lösungsvorschläge sei das Projekt Wachst-

tum. Ziele des Projekts seien unter anderem, ein Dach für die Vorschläge und Initiativen der CDU zu bieten und den inhaltlichen Schwerpunkt für die Wahlkämpfe 2004 zu signalisieren. Mit dem Projekt Wachstum verknüpfe die CDU ihre Programmatik mit den hohen Erwartungen der Menschen an wirtschaftliches Wachstum. Meyer stellte die Einteilung des Projekts in acht Themenpakete dar, die jeweils von einem prominenten CDU-Politiker vertreten werden. „Zusammen mit unseren Beschlüssen des Jahres 2003 münden diese Arbeiten in ein Regierungsprogramm“, sagte Meyer. „Dieses legt fest, was kurzfristig anzugehen ist und was auf mittlere bis längere Frist erreicht werden soll.“

Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden ging

in seiner Rede zunächst auf die neue Corporate Identity der Partei ein. Das im Dezember 2003 auf dem Bundesparteitag in Leipzig vorgestellte neue Erscheinungsbild sei innerhalb und außerhalb der Partei positiv aufgenommen worden. „Der Wahlkampf der Hamburger CDU hat gezeigt, wie gut die neue Schrift und die Farbe Orange in einer Kampagne eingesetzt werden können“, sagte von Thadden. Nun gelte es, die CI noch weiter zu verbreiten.

Auf gutem Wege ist nach Ansicht von Thaddens auch das Projekt „CRM@CDU“, das als eine Umsetzung des Parteitagbeschlusses „Bürgerpartei“ gestartet wurde. „Das Ziel: Bürger und CDU-Mitglieder sollten stärker an die Partei gebunden und zur Mitarbeit angeregt werden. Dafür werden derzeit

die Arbeitsstrukturen der Partei angepasst und ihre Gliederungen besser miteinander vernetzt.“

Ebenfalls ein Bestandteil des Beschlusses Bürgerpartei sei das „Projekt Ideenbörse“, bei dem im Mitgliedernetz Ideen und Aktionen von CDU-Verbänden vorgestellt werden. „Wir haben viele kreative Geister. Viele ihrer gelungenen Aktionen sind auch etwas für andere - deshalb haben wir eine Ideenbörse ins Leben gerufen“, sagte von Thadden.

Erfreuliches berichtete der Bundesgeschäftsführer über die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Im Februar habe die CDU erstmals seit 2002 wieder Mitglieder hinzugewonnen. Damit sei ein langfristiger Trend gestoppt - nicht zuletzt dank einer engagierten Mitgliederwerbungskampagne.

## E-MAIL-ADRESSEN FÜR CDU-MITGLIEDER

**Seit Mitte März können CDU-Mitglieder ihre eigene Email-Adresse im Format Vorname.Nachname@cdunet.de bei der Internetredaktion beantragen.**

Dies ist Teil der Umsetzung des Reformprojekts Bürgerpartei, das auf dem Leipziger Parteitag be-

schlossen wurde. Die E-Mail-Adresse funktioniert als Weiterleitung auf eine bereits bestehende Adresse (z.B. bei gmx.de oder web.de).

Weitere Informationen zur Einrichtung der CDU-Net-Adressen finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter **www.cdunet.de**.

Die Resonanz auf die eigenen Mail-Adressen ist gut: Bereits in den ersten Tagen wurden über 300 neue Adressen frei geschaltet.

Sie haben Interesse? Dann schreiben Sie einfach eine Email an: **cdunet@cdu.de**

Laurenz Meyer:

## Rundschau-Beteiligung dient Parteiinteressen

Die SPD-Schatzmeisterin hat die Katze aus dem Sack gelassen: Der geplante Einstieg der DDVG bei der Frankfurter Rundschau die- ne der „redaktionellen Aus- richtung auf eine soziallibe- rale Linie“, wird Frau Wet- tig-Danielmeier zitiert.

Damit entlarvt die SPD ihre bisherigen Beteuerun- gen als Lippenbekenntnis- se: Angebliche Sicherung von Arbeitsplätzen und Er- halt der Presselandschaft in Deutschland sind of- fenbar nur vorgeschützte Argumente, um knallhart parteipolitische Interessen durchzusetzen.



Das passt ins Bild einer verqueren SPD-Medienpoli- tik: Missliebige Zeitungen bestraft der Kanzler mit Boykott; die Beteiligung an der Frankfurter Rundschau dient jetzt ungeniert SPD- Parteiinteressen. Offen-

sichtlich hat die SPD nicht erkannt: Eine bessere Be- richterstattung bekommt man nur durch bessere Poli- tik - nicht durch Druck auf unabhängige Journalisten.

Wir brauchen eine Kenn- zeichnungspflicht für Par- teibeteiligungen an Zeitun- gen, schon im Interesse des Verbraucherschutzes: Wenn auf jeder Wurstpackung steht, was drin ist, dann muss das erst recht für Zei- tungen gelten. Leser müssen wissen, wer sich hinter ei- nem Zeitungstitel verbirgt. Parteebeteiligungen müssen auf der Titelseite von Zeitun- gen angezeigt werden.

### GRAUZONE DER PARTEIENFINANZIERUNG

#### Erklärung zum avisierten Einstieg der SPD-eigenen Medienholding DDVG in den Verlag der „Frankfurter Rundschau“:

Wir wenden uns gene- rrell dagegen, dass sich Par- teien an Medienunterneh- men, seien es Zeitungen oder Rundfunkstationen, als Anteilseigner betei- ligen. Damit entsteht eine Meinungs- und Mediendruck- presse für die So-

zialdemokratie in Deutsch- land. Gravierender ist in- des der Aspekt der Par- teienfinanzierung in der Grauzone: Der SPD er- wächst die Gelegenheit, ih- re Anzeigenpreise am Tisch mit sich selbst auszuhan- deln. Es wird von dritter Seite nicht kontrollierbar sein, wie die Marktpreise im Anzeigenbereich zu- stande kommen. So lassen

sich Kosten und Re- finan- zierung im Wahl- kampf steuern.



**Günter Nooke** ist der kultur- und medienpoliti- sche Sprecher der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion.

Norbert Röttgen:

# Parteienmacht und Medienmacht trennen

## Stellungnahme zur beabsichtigten Übernahme der Mehrheitsanteile der Frankfurter Rundschau durch die Medienholding:

Parteienmacht und Medienmacht gehören nicht in eine Hand. Die Kontrolle der Parteien durch die Medien ist ein Kernelement unserer politischen Kultur. Das Vorhaben der SPD, über ihre Beteiligungsgesellschaft DDVG 75 Prozent der Anteile der Frankfurter Rundschau zu erwerben, ist mit diesem politisch-publizistischen Gebot der Gewaltenteilung unvereinbar. Die Kontrollierten dürfen sich nicht ihre Kontrolleure kaufen. Das verlangt auch der Schutz der Verbraucher: Hinter dem Schein der Unabhängigkeit einer Zeitung oder eines Senders dürfen sich nicht die Interessen einer einzelnen Partei verbergen. Schließlich weiß der Leser, Hörer oder Zuschauer in der Regel nicht, welches Medium zu welchem Anteil in der Hand einer einzelnen Partei ist.

Die gebotene und politisch selbstverständliche Trennung von Politik und



Medien verlangt eine wirtschaftliche Selbstbeschränkung der Parteien. Die SPD verweigert sich diesem Konsens. Darum bleibt nur ein Weg: Medienbeteiligungen von Parteien müssen im Parteiengesetz verboten werden.

Mit einer wirtschaftlichen Beteiligung an der Frankfurter Rundschau missachtet die SPD erneut das verfassungsrechtliche Gebot, dass sich der Staat aus den Medien heraushalten muss. Diese Haltung hat der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Clement schon in seiner Absicht gezeigt, das Pressefusionsrecht zu lockern, was zu einer Verringerung der Medienvielfalt in Deutschland führen würde. Auch

der Versuch, die Zusammenschlüsse dann zu ermöglichen, wenn die betroffenen Zeitungen selbstständige publizistische Einheiten bleiben, ist strikt abzulehnen. Denn dies würde auf eine inhaltliche Überwachung und Zensur einer Zeitung durch das Bundeskartellamt als staatliche Behörde hinauslaufen. Und dies verstößt nicht nur gegen die Grundsätze des Wettbewerbs, sondern auch gegen die verfassungsrechtlich garantierte Pressefreiheit.

**Norbert Röttgen** ist der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



### WEB-TIPP

Mal sind sie treffend, mal verfehlt! Mal machen sie einen wütend, ein anderes mal muss man über sie schmunzeln oder laut-hals lachen. Die Rede ist von wörtlichen Äußerungen rot-grüner Politiker oder von Zitaten über sie. Wählen Sie das Zitat des Monats auf [www.cdu.de/zitate/zitate.htm](http://www.cdu.de/zitate/zitate.htm)

# Trendwende geschafft: Mitgliedszahlen der CDU steigen!

**Die Zahl der CDU-Mitglieder steigt wieder. Im Februar 2004 hat die CDU erstmals seit der Bundestagswahl wieder mehr Mitglieder als im Vormonat.**

2690 Bürgerinnen und Bürger sind im Februar neu in die CDU eingetreten; ihnen standen 2553 Austritte bzw. Todesfälle gegenüber. Durch dieses Plus von 137 Bürgerinnen und Bürgern hat die CDU jetzt insgesamt 586.271 Mitglieder. CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer: „Es ist erfreulich, dass angesichts der politischen Lage mehr und mehr Menschen in der CDU mitarbeiten wollen. Aber auch unsere Mitglieder-Werbeaktion hat dazu geführt, dass ein Trend gestoppt werden konnte: Unsere wegen der Altersstruktur der Volksparteien sinkenden Mitgliederzahlen werden erstmals seit Jahren durch Neueintritte nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überkompensiert.“

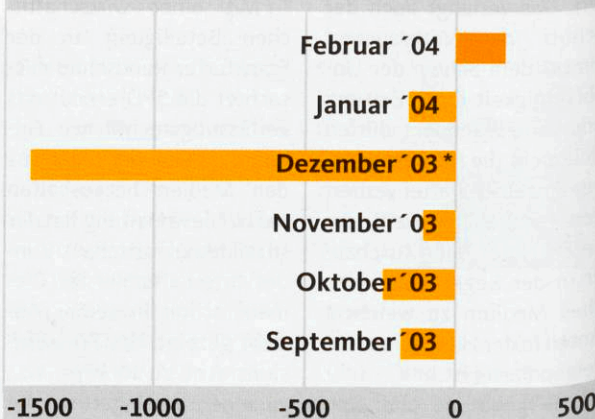
Seit Beginn der Mitglieder-Werbeaktion im Juli 2003 sind rund 20.000 Menschen neu in die CDU eingetreten. Gestiegen war das Mitgliedersaldo der CDU zuletzt im Oktober 2002. Die

größten Netto-Zuwächse im Februar 2004 verzeichneten die Landesverbände Rheinland-Pfalz (+146), Hamburg und Nordrhein-Westfalen (jeweils +99).

Bei den Kreisverbänden waren am erfolgreichsten: Hamburg-Wandsbek (+ 386 Mitglieder gegenüber dem Vorjahr) und Gera (+ 30,95 % = 78 Mitglieder mehr als im Vorjahr). Dazu Laurenz Meyer: „Die im letzten Jahr gestartete Mitgliederkampagne konnte nur deshalb so gut funktionieren, weil zahlreiche Vertreter der Orts- und Kreisverbände tatkräf-

tig viele neue Mitglieder gewonnen. Für ihren Einsatz bedanke ich mich sehr herzlich. Wir dürfen allerdings nicht innehalten: Mitgliederwerbung ist ein Dauerprojekt. Daher wird die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Kampagne weiter forcieren. Dazu gehört auch, dass zukünftig die erfolgreichsten Kreis- und Ortsverbände zum Jahresende geehrt werden. Eine große Bilanz ziehen wir zum 31. März 2004. Die besten Verbände erhalten bei unserer Auftaktveranstaltung zur Europawahl eine Auszeichnung.“

## Veränderung der Mitgliederzahlen im Vergleich zum Vormonat



\* Jährlich im Dezember stattfindende Dateiabgliche

CDU U9/04\_1



# Betriebsrenten nicht noch stärker belasten

Die Regierungskoalition hat Anfang Dezember 2003 zwei Rentenpakete in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Das RV-Nachhaltigkeitsgesetz – welches zwischenzeitlich durch die rot-grüne Regierung verabschiedet wurde – stellt das Konzept der Regierungskoalition für die langfristig angelegte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung dar. Mit dem Alterssicherungsgesetz soll im Wesentlichen die einkommensteuerrechtliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen neu geordnet werden. Eine Neuregelung der Rentenbesteuerung in diesem Jahr ist im Hinblick auf die Vorgaben eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts erforderlich. Danach ist der Gesetzgeber verpflichtet, spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. Das Zusammenwirken beider Gesetzentwürfe in Verbindung mit der im letzten Jahr verabschiedeten Gesundheitsreform stellt die Alterssicherung vor zwei grundsätzliche Fragen.



Hermann-Josef Arentz

## 1. Definition des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rente – obligatorische private oder betriebliche Altersvorsorge

Derzeit erhält ein Rentner nach 45 Beitragsjahren und einem Durchschnittsentgelt (sog. Eckrentner) rund 70% des Nettoeinkommens. Die Rentenreform 2001 hatte eine langfristige Absenkung dieses Rentenniveaus zum Ziel, wobei im Jahr 2030 ein Mindestniveau von 67% eingehalten werden sollte. Durch das verabschiedete Nachhaltigkeitsgesetz der Bundesregierung verkommt die vor gerade drei Jahren beschlossene Rentenreform zur reinen Farce. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente sinkt langfristig von bisher Zweidrittel auf die Hälfte des bisherigen Nettoeinkommens. Die ge-

setzliche Rente nähert sich damit mehr dem Charakter einer beitragsfinanzierten Grundsicherung und kommt einer Grundrente, wie man sie in den Niederlanden und in der Schweiz kennt, Schritt-für-Schritt nahe.

Die deutliche Absenkung des Sicherungsniveaus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente als erste Säule der Alterssicherung in Deutschland macht eine rasche und flächendeckende Verbreitung der kapitalgedeckten betrieblichen und privaten Altersversorgung als zweite und dritte Säule der deutschen Alterssicherung dringend erforderlich. Denn nur durch eine Kombination zwischen gesetzlicher und kapitalgedeckter Altersvorsorge ist eine Sicherung des Lebensstandards im Alter in Zukunft gewährleistet. Angesichts der bisher enttäuschenden Bilanz der Riester-Rente und der in diesem Bereich nicht ausreichenden Pläne der Regierungskoalition im Alterssicherungsgesetz (Vereinfachung der Riester-Förderung, Flexibilisierung der betrieblichen Altersvorsorge) wird zur Zeit eine obligatorische privaten oder betrieblichen Altersversorgung,

so wie es sie in den Niederlanden (als quasi-obligatorische Betriebsrente) und in der Schweiz (als obligatorische Betriebsrente) gibt, diskutiert. Dazu hat die CDU bereits auf ihrem Parteitag in Leipzig eine obligatorische betriebliche Altersversorgung verbunden mit einer Opting-out-Regelung für die Arbeitnehmer beschlossen.

## 2. Künftige Abgabenbelastung auf Betriebsrenten

Angesichts der zunehmenden Bedeutung der ergänzenden Altersversorgung ist eine Stärkung der betrieblichen Altersversorgung un-

verzichtbar. Das Zusammenspiel zwischen der Verdoppelung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten zum 1.1.2004 und der anstehenden Neuordnung der Rentenbesteuerung bewirkt allerdings das genaue Gegenteil: Danach können Betriebsrenten ab dem 1.1.2005 mit über 30% belastet werden (rd. 16% Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge + 15% Besteuerung) – gegenüber einer Belastung von lediglich 8% bis Ende 2003 (jeweils halber Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag). Eine solche Belastung der Betriebs-

renten ist inakzeptabel, vor allem für die junge Generation, die zu einem weitaus größeren Teil als die derzeitige Rentnergeneration auf die betriebliche Altersversorgung angewiesen sein wird. Vor diesem Hintergrund ist im Gesetzgebungsverfahren zum Alterseinkünftegesetz eine Überprüfung der Gesamtlast der Betriebsrenten mit Sozialabgaben und Steuern erforderlich.

### Hermann-Josef Arentz

ist Vorsitzender des Bundesausschusses Sozial- und Gesellschaftspolitik und Mitglied des Bundesvorstands der CDU Deutschlands.

## LAURENZ MEYER: KEINE ARBEITSPLÄTZE GEFÄHRDEN

Die Art und Weise, wie die Minister Trittin und Clement mit dem Thema Emissionshandel umgehen, führt zur mutwilligen Gefährdung von Tausenden Arbeitsplätzen. Rot-Grün will aus ideologischen Gründen, dass Deutschland als Musterknabe auf europäische Standards noch draufsattelt – mit schlimmen Folgen für Wirtschaft und Jobs. Die Frage, ob in Deutschland in Zukunft noch Energieerzeugung in konventioneller Kraftwerkstechnik möglich ist und ob die deutsche Wirtschaft in

stromintensiven Sektoren noch wettbewerbsfähig bleibt, hat Trittin für sich offenbar schon mit Nein beantwortet.

Schon jetzt liegen beim Kraftwerksbau nachweisbar Investitionen in Milliardenhöhe auf Eis, weil Unternehmen angesichts der von Trittin geplanten Mehrbelastungen keine Planungssicherheit haben. Bundeswirtschaftsminister Clement wird daran gemessen werden, ob er eine klare Positionierung zugunsten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen gegen Trittin, die Grü-

nen und Teile seiner eigenen Partei durchsetzen kann.

Auch dem Umweltschutz ist mit Trittins Vorgehen nicht gedient: Eine Abwanderung von energieintensiven Industrien ins Ausland führt dazu, dass die in Deutschland üblichen Standards nicht durchgesetzt werden können. Trittin hat nicht erkannt, dass er mit überzogenen Maßnahmen in Deutschland und der Abwanderung der Arbeitsplätze und Institutionen ins Ausland auch der Umwelt mehr schadet als nutzt.

Karl-Josef Laumann, Laurenz Meyer:

## Übereinstimmung beim Kündigungsschutz

Die Beschlüsse der Parteipräsidien von CDU und CSU zum Kündigungsschutz und der Antrag der Fraktion von dieser Woche „Beschäftigungspolitik der Bundesregierung gescheitert“ stimmen inhaltlich überein.

Ein Präsidiumsbeschluss muss nicht gebetsmühenhaft bestehende Fraktionspositionen nachbeten. Positionen der Fraktion, die unstrittig und Gegenstand von Gesetzentwürfen sind, gelten selbstverständlich weiter, auch wenn sie in dem Präsidiumsbeschluss nicht ausdrücklich wiederholt werden. Hieraus einen Widerspruch zu konstruieren, ist absurd.

Der genannte Antrag basiert auf dem im letzten Jahr von der Fraktion beschlossenen Entwurf eines Arbeitsrechtsmodernisierungsgesetzes (Bt-Drs. 15/ 1182) und ergibt zusammen mit dem Präsidiumsbeschluss ein klares Bild:

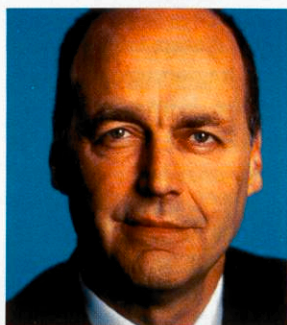
- Wir wollen Beschäftigungschancen erhöhen, ohne in bestehende Arbeitsverhältnisse einzugreifen. Daher soll im Falle von Neueinstellungen grundsätzlich die Option zwischen Kündi-



gungsschutz und Abfindung gelten. Der Präsidiumsbeschluss betont, dass solche unbürokratischen Lösungen besonders für ältere Arbeitnehmer wichtig sind.

- Die jetzt schon möglichen Befristungen ohne Kündigungsschutz für über 50jährige bedeuten für den Arbeitgeber einen erhöhten bürokratischen Aufwand. Dieser entfällt bei der von CDU und CSU vorgeschlagenen Regelung: Damit verbessern wir gegenüber der geltenden Rechtslage die Chancen für die besonders betroffenen älteren Arbeitslosen, wieder in Beschäftigung zu kommen.

- Gegenüber dem Arbeitsrechtsmodernisierungsgesetz neu hinzugekommen ist die Forderung, künftig Befristungen nicht nur für längstens zwei Jahre, wie



heute, sondern für 4 Jahre abschließen zu können. Diese Position wird von der CDU/CSU Bundestagsfraktion voll geteilt und ist daher ebenfalls in dem eingebrachten Antrag enthalten.

- Als Mittelstandskomponente soll in Kleinbetrieben unter 20 Arbeitnehmern kein Kündigungsschutz bei Neueinstellungen gelten; dies ist in dem Entwurf eines Arbeitsrechtsmodernisierungsgesetzes vom letzten Jahr so enthalten, ebenfalls in dem Antrag und durch den Präsidiumsbeschluss ebenfalls gedeckt.

**Karl-Josef Laumann** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. **Laurenz Meyer** ist der Generalsekretär der CDU Deutschlands.

# „Hamburg im Aufwind – die Zukunft der wachsenden Stadt gestalten“

**Unter diesem Leitbild steht das Regierungsprogramm für die Hansestadt Hamburg für die Jahre 2004 bis 2008.**

Dieses Leitbild werde sich als Querschnitt durch alle anderen Fachbereiche der Senatsarbeit ziehen, erklärte der Hamburger Landesvorsitzende Dirk Fischer bei der Vorstellung. „Indem wir unsere Politik konsequent an den strategischen Zielen und Maßnahmen des Leitbildes ausrichten, wollen wir Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden

## RCDS

Dorlies Last ist zur neuen Vorsitzenden des Rings christlich demokratischer Studenten gewählt worden.

Die bisherige Thüringer Landesvorsitzende und Musikstudentin folgt auf Barbara von Wnuk-Lipinski, die nach zwei Amtszeiten nicht mehr antrat. Das Vorstandsteam wird durch Ernst Suganandarajah als Bundeschatzmeister und Jens-Uwe Götsch als stellvertretender Bundesvorsitzender komplettiert.

Metropole mit internationaler Ausstrahlung entwickeln, die Bekanntheit weiter steigern, Unternehmen und qualifizierte Menschen in die Stadt holen,“ heißt es im Programm.

Auch die personellen Weichen wurden gestellt. Die Hamburger Bürgerschaft bestätigte in ihrer konstituierenden Sitzung Ole von Beust als Ersten Bürgermeister. Gewählt wurde auch die neue Senatsmannschaft: Dem Kabinett des Stadtstaates werden künftig neun statt bislang zehn Senatoren angehören. Aufgelöst wurde das Ressort Umwelt, das der Behörde für Bau und Stadtentwicklung zugeschlagen wurde. Die Leitung dieses neuen Ressorts übernimmt der aus dem Amt scheidende Fraktionsvorsitzende Michael Freytag. Ebenfalls neu im Senat ist der parteilose Polizeipräsident Udo Nagel als Innensenator. Kultursenatorin wird die parteilose bisherige Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder, Karin von Welck. Bildungsensorin wird Alexandra Dinges-Dierig, die zurzeit



Dirk Fischer



Ole von Beust

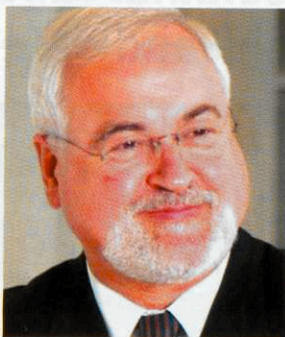
das Berliner Landesinstitut für Schule und Medien leitet und ebenfalls parteilos ist. Im Amt verbleiben Finanzsenator Wolfgang Peiner und Wirtschaftssenator Gunnar Uldall, Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram, Justizsenator Roger Kusch sowie der parteilose Wissenschaftssenator Jörg Dräger bleiben ebenfalls im Amt.

„Die Besetzung der Spitzenpositionen der Behörden durch Ole von Beust ist ein großer Gewinn für die Stadt“, kommentiert Dirk Fischer, Landesvorsitzender der Hamburger CDU, das Personaltableau. Die Senatsmitglieder zeichne alle zusammen vor allem eines aus: Hohe fachliche und menschliche Kompetenz. „Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Senat die 'Zukunft der Wachsenden Stadt' erfolgreich gestalten wird,“ so Fischer.

## „Ein hervorragender Kandidatenmix!“

So bezeichnet der Vorsitzende der CDU Schleswig-Holstein und Spitzenkandidat zur Landtagswahl Peter Harry Carstensen Team der 40 Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Landtagswahl.

„Rund 6.100 Parteifreunde haben an den Wahlkreisversammlungen teilgenommen, die erstmals ausnahmslos als Mitgliederveranstaltungen durchgeführt wurden. Damit haben sich über 20 Prozent unserer Mitglieder an den Nominierungen beteiligt. Dieses ist ein Maß an Basisdemokratie, das sich in keiner anderen Partei wiederfindet“, so Carstensen stolz. Die 40 Männer und Frauen, die am 20. Februar



Peter Harry Carstensen

2005 für die CDU zur Wahl stehen werden, sind nach Carstensens Auffassung ein gutes Spiegelbild der Gesellschaft und personifizieren die Wechselstimmung, die bei den Menschen in Schleswig-Holstein spürbar zunehme, sagte der CDU-Landesvorsitzende.

Das Durchschnittsalter der Mannschaft beträgt 49 Jahre. Peter Harry Carstensen: „Damit konnte der Altersschnitt gegenüber der Wahl vor fünf Jahren gesenkt werden. Wir haben allein fünf Kandidaten, die zwischen 29 und 31 Jahre alt sind.“ Gestiegen ist auch der Anteil der Selbständigen und der Angestellten in der freien Wirtschaft. Nicht zufrieden sei er mit dem Anteil weiblicher Bewerber. „Zwanzig Prozent des Teams sind weiblich. Damit konnten wir uns gegenüber der Wahl vor fünf Jahren nicht verbessern. Hier liegt unsere Zukunftsaufgabe: Wir brauchen mehr Frauen in der Partei und in herausragenden Funktionen“, so Peter Harry Carstensen

### „KINDER AN DIE MACHT“

Um die Interessen der Kinder in NRW künftig besser vertreten und bei politischen Entscheidungen einbeziehen zu können, hat die CDU in Nordrhein Westfalen die Einrichtung einer Kinderkommission beantragt. Vorbild sei die Kinderkommission des Bundestags, die bereits 1988 erfolgreich arbeite.

Mit ihrer Initiative will die CDU Kinderpolitik stärker ins Bewusstsein rücken sowie die Entscheidungen

von Gesetzgeber und Regierung in NRW auf Kinderverträglichkeit und Kinderfreundlichkeit überprüfen lassen. Der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Thomas Mahlberg, verwies darauf, dass im Landtagsausschuss für Kinder, Jugend und Familie immer ein Ausgleich verschiedener Interessen versucht werden müsse. „Die Kinderkommission soll hingegen ausschließlich die

Interessen der Jüngsten vertreten und bewusst als Lobby für Kinder arbeiten“, erklärte Mahlberg. Als Beispiele nannte er den Ausbau einer kinderfreundlichen Familienpolitik, einer kindgerechten Gesundheits- und Umweltpolitik, eine Verbesserung von Kinderbetreuungs- und Erziehungseinrichtungen an Schulen oder den Kinder- und Jugendschutz und den Schutz vor Gewalt.

Baden-Württemberg

# Wahlkampfseminar für Kommunalwahlkandidaten

Um die Arbeit der Kandidatinnen und Kandidaten im Kommunalwahlkampf zu unterstützen, hatte der CDU-Landesverband Baden-Württemberg erstmalig zu einem Seminar nach Stuttgart in das SSB-Veranstaltungszentrum Waldau-park eingeladen.

Mit einer so großen Resonanz hatte allerdings niemand gerechnet. 165 Kandidaten aus ganz Baden-Württemberg meldeten sich im Tagungsbüro am Samstag, 13. März 2004, pünktlich um 09.00 Uhr an und entrichteten ihren Teilnehmerbeitrag.

In seiner Eröffnungsrede betonte Ministerpräsident Erwin Teufel die enorme Wichtigkeit der Kommunalpolitik, die die Menschen in ihrem direkten Umfeld betrifft. Er stand den Seminar-Teilnehmern anschließend



Rede und Antwort für all ihre Fragen. Danach hatten alle die Gelegenheit, gemeinsame Fotos mit dem Ministerpräsidenten erstellen zu lassen.

Nach einer kurzen Pause, in der sich die Teilnehmer an einem Buffet stärken konnten, gab der Rhetorik-Trainer Jörg Fröhlich Tipps zu den Themen „Reden“, „Podiumsdiskussionen“, „Interviews“ und „Wähleransprache“. Den Abschluss bildete ein Vortrag zum Thema „Moderne

Kommunikationstechniken im Wahlkampf“ durch eine Referentin der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Marianne Seitz (55 Jahre) aus Mannheim nach der Veranstaltung: „Ich bin ja schon seit 1997 im Gemeinderat, aber dieses erstmalige Angebot finde ich optimal. Der heutige Tag brachte mir persönlich wertvolle Tipps für meine Arbeit. Ich würde es sehr begrüßen, wenn weitere Seminare in dieser Art durchgeführt werden.“ Auch neue Kandidaten, wie Ulrich Bechtold (39 Jahre) waren begeistert. Er fand das Seminar „super“ und es habe ihm wichtige Ideen und Anregungen für seine künftige Arbeit geliefert. Außerdem sei es elementar, meinte er, das richtige Handwerkszeug parat zu haben.



Helmut Heiderich:

## Biopatente: Rot-Grün verschläft vier Jahre

1998 hat die Europäische Union die so genannte Biopatentrichtlinie verabschiedet. Mit dieser Richtlinie wird dem rasanten Fortschritt in der Biotechnologie Rechnung getragen und die wirtschaftliche Wertbarkeit der Erkenntnisse durch Patente geregelt.

Jetzt schreiben wir das Jahr 2004 und endlich ist die Bundesregierung, sind die Regierungsfractionen in der Lage, eine Vorlage zur Umsetzung im deutschen Parlament einzubringen. Wer so viel Zeit braucht, ist nicht nur politisch handlungsunfähig. Er hinterlässt auch den Eindruck, mit den Aufgaben und Problemen nicht fertig zu werden. Er schadet der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, den daran hängenden Arbeitsplätzen und Forschung und Entwicklung in unserem Land.

Aber Rot/Grün zeigt auch Doppelzüngigkeit und Uneinigkeit in der Sache selbst.

Schon der jetzige Gesetzesentwurf der Bundesregierung ist gegenüber dem Entwurf von 2000 nahezu unverändert. Es handelt sich um nichts anderes als eine Eins-zu-eins-Umsetzung.



Während aber der stellvertretende Vorsitzende der Grünen, Reinhard Loske, „Nachbesserungen“ fordert und erklärt, die Grünen wollten „Patente auf Lebewesen“ verhindern“, begrüßt die Vorsitzende der Grünen, Krista Sager, in einem am selben Tag vorgelegten Fraktionsantrag den Entwurf. Die im Antrag aufgeführten Forderungen sind ein Sammelsurium aus Selbstverständlichkeiten: Die Bundesregierung solle beobachten, registrieren, berichten, überprüfen und auf europäischer Ebene für weitere Verhandlungen eintreten. Von den angekündigten Forderungen keine Spur.

Im Unterschied dazu haben wir eine klare Haltung, die wir in den Eckpunkten unseres Antrags vom Mai skizziert haben:

■ Wir gewähren den Forschern und den Unternehmen den so genannten Stoffschutz für ihre Erfindungen und damit ein robustes Patentrecht. Denn Forschung, z.B. zur Medikamentenentwicklung, ist unverzichtbar, aber Forschung kostet und muß sich lohnen können.

■ Nur dort, wo das originale menschliche Genom betroffen ist, soll der Schutzbereich des Patents auf konkrete Erfindungen beschränkt werden. Damit können auch nachfolgende Erfinder ein volles Patent erlangen.

■ Für Pflanzensorten bleibt das bewährte deutsche Sortenschutzrecht vorrangig.

■ Ein erleichterter Zugang zu Zwangslizenzen soll ermöglicht werden.

Während Rot/Grün den Fortschritt zerredet, schafften wir damit auf Grundlage der gültigen ethischen Grundlagen den Rahmen, der für die notwendige wirtschaftliche Sicherheit und Wettbewerbsgleichheit sorgt.

**Helmut Heiderich** ist Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie.

## Bessere Kooperation der Sicherheitsbehörden

### Stellungnahme zur aktuellen Diskussion über die Zusammenfassung von Sicherheitsbehörden.

Die Debatte über die Zentralisierung der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder infolge des schrecklichen Terroranschlages in Spanien greift zu kurz. Nicht bloße Zentralisierung sondern eine bessere Kooperation und informationelle Vernetzung der Sicherheitsbehörden in Deutschland ist jetzt gefragt. Auch im Bereich des Verfassungsschutzes bedarf es dezentraler Informationsbeschaffung in der Fläche, eine Zentralisierung allein wäre kontraproduktiv. Sicher muss es eine zentrale Auswertung und Analyse geben. Entscheidend aber ist, dass die Sicherheitsbehörden ihre Informationen stärker austauschen. Bis heute gibt es keine Übermittlungspflicht der von den Sicherheitsbehörden gewonnenen Erkenntnisse untereinander und keinerlei Verbunddatei. Das sogenannte Information-board, das zu einer stärkeren Zusammenarbeit von BND, Bundesamt für Verfassungsschutz, und Bundeskri-

minalamt geführt hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung, muss aber noch weiter vernetzt werden. Dabei müssen auch die die Kooperation der Sicherheitsbehörden behindernden Datenschutzbestimmungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landes-sicherheitsbehörden muss im Sinne eines kooperativen Sicherheitsförderalismus verbessert werden.

Auf Bundesebene ist es allerdings erforderlich, die polizeifachliche Arbeit zu bündeln. Bundeskriminalamt, Zollkriminalamt und BGS leisten jeder für sich polizeiliche Ermittlungsarbeit. Hier muss über eine Konzentration nachgedacht werden. Auch muss überlegt werden, wie gerade bei Ermittlungsverfahren gegen Terroristen die Rolle des Generalbundesanwalt und des Bundeskriminalamtes weiter gestärkt wird. Auch die im Düsseldorf-er Al-kawid-Terroristenprozess vom Richter geforderte und von der CDU/CSU in einem Gesetzesantrag formulierte Wiedereinführung der Kronzeugenregelung gerade zum Aufbrechen des terroristischen Umfelds darf von Rot-Grün nicht länger blockiert werden. Es ist jetzt höchste Zeit, dass Bundeskanzler



Hartmut Koschyk

Schröder die Terrorbekämpfung zur Chefsache macht und das notwendige Schließen von Sicherheitslücken in unserem Land vor allem von den Grünen nicht länger blockiert wird

**Hartmut Koschyk** ist der innenpolitische Fraktions-sprecher.

## Von Bürokratieabbau keine Spur

### Erklärung anlässlich des vor einem Jahr verkündeten Masterplanes Bürokratieabbau durch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement:

Es ist ein Kampf gegen Windmühlenflügel, Bürokratieabbau genannt. Die Bilanz der Regierungsarbeit auf diesem Gebiet ist mehr als kümmerlich. Von 54 Bürokratieabbauprojekten sind gerade einmal 9 Projekte umgesetzt worden, 2



davon erfolgreich, 7 unbefriedigend.

Wolfgang Clement erklärte vor einem Jahr den Abbau von Bürokratie zur Chefsache und präsentierte die Eckpunkte des Masterplans Bürokratieabbau. Vollmundig klingen diese Begriffe, doch Entlastung hat durch sie noch kein Unternehmer oder Bürger erfahren. Bundesminister Wolfgang Clement und Bundesminister Otto Schily sind allen Bürokratieabbauversprechen zum Trotz erneuter Regelungswut verfallen. Deutschland erstickt im rotgrünen Bürokratielust. Bis heute sind seit der letzten Bundestagswahl allein wieder 522 Rechtsverordnungen und 89 Gesetze neu erlassen worden. Dies ist ein Armutszeugnis, aber wahrlich kein Masterplan. Und nun besteht die Gefahr für ein neues gewaltiges Bürokratie-Programm mit 1000 Verwalterstellen – die Ausbildungsplatzabgabe. Wolfgang Clement ist hieran zu messen, ob er diese Bürokratiesteuer verhindern kann.

Die Unionsarbeitsgruppe Bürokratieabbau hat im Deutschen Bundestag einen systematischen, ordnungspolitischen Antrag zum Bürokratieabbau eingebracht, „Freiheit wagen – Bürokratie abbauen“:



Michael Fuchs

Gefordert wird darin ein Ausschuss des Deutschen Bundestages, welcher als eine Art TÜV neue Gesetzen und Verordnungen überprüft. Weiter sollen Gesetze und Verordnungen im Regelfall ein Verfallsdatum erhalten. Ein weiterer Vorschlag: Für ein neues Gesetz werden zwei alte zur Abschaffung vorgeschlagen. Ziel ist es, pro Jahr etwa 250 Verwaltungsvorschriften abzuschaffen. Denn Vorschriften wie „Der Tod stellt

aus versorgungsrechtlicher Sicht die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar“, sind mehr als überfällig.

Die Union macht hingegen Ernst beim Bürokratieabbau. Dies zeigen positive Beispiele der Länder und Kommunen. So ist das Saarland Vorreiter in Sachen Bürokratieabbau. Knapp 3.000 Verwaltungsvorschriften sind ersatzlos gestrichen und gut 200 Genehmigungspflichten abgeschafft worden.

Auf der kommunalen Ebene lässt sich das Beispiel des Landkreises Emsland sehen. Unternehmer und Bürger werden direkt befragt und geben Vorschläge zu weniger Bürokratie ab – Bürokratieabbau vor Ort.

**Michael Fuchs** ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Bürokratieabbau.

## AKTUELL AUF WWW.CDUCSU.DE

### Grüne Gentechnik – Chance für den Standort Deutschland

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 17. März

#### Unter anderem:

- Positionspapier zur Grünen Gentechnik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PDF)
- Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Wenzel, TU München (PDF)
- Vortrag von Dr. Jens A. Katzek, Bio Mitteldeutschland GmbH (PDF)



### CDU-Buntstifte

mit intensiver Farbkraft,  
Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je **10 Schachteln: 17,40 €**

inkl. MwSt.: 20,18 €



Vorderseite



Rückseite

### Euro-Malbuch

Bestell-Nummer: **9744**

Preis je **25 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



### Straßenatlas Deutschland

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungs-  
zentren

Bestell-Nummer: **9260**

Preis je **10 Stück: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



### Parkscheibe

Bestell-Nummer: **9814**

Preis je **100 Stück: 28,63 €**

inkl. MwSt.: 33,21 €



**Europa Sonnenschirm,**  
ohne Fuß  
Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0541**  
Preis je **1 Stück: 38,40 €**  
inkl. MwSt.: 44,54 €



**CDU-Europacap**

Bestell-Nummer: **9416**  
Preis je **Stück: 2,00 €**  
inkl. MwSt.: 2,32 €

**Fußständer  
für Sonnenschirme**

Bestell-Nummer: **0459**  
Preis je **1 Stück: 6,50 €**  
inkl. MwSt.: 7,54 €

**Reflektorenarmband  
für Hand- und Fußgelenk**

Bei Sport und Spiel ein nützlicher  
Begleiter für die Straße

Bestell-Nummer: **9740**  
Preis je 12 Stück: **12,00 €**  
inkl. MwSt.: 13,92 €



Jetzt auch im Doppelpack ...



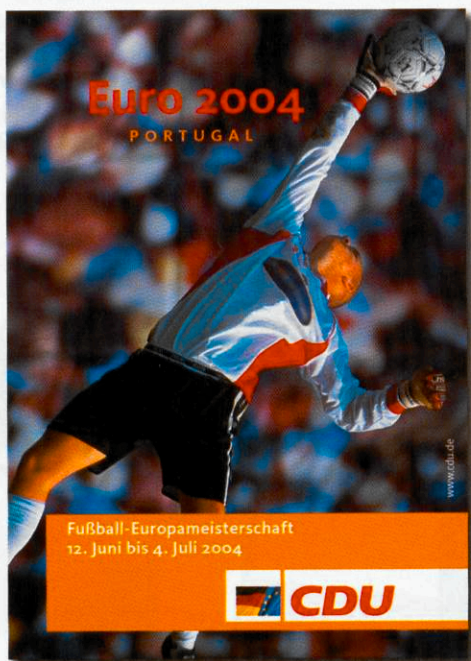
**Kleiner Ball – in 2 versch. Farben  
– schon aufgepumpt –**

Er ist wie ein kleiner Fußball, jedoch  
kleiner und handlicher. Der ideale  
Spielball nicht nur für Kinder.

Bestell-Nummer: **9824**  
Preis je 2 Bälle: **12,00 €**  
inkl. MwSt.: 13,92 €

# UID

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



## Fußball-EM-Kalender 2004

Bestell-Nummer: **9653**  
Preis je 100 Stück: **5,00 €**  
inkl. MwSt.: 5,80 €



## Lederfußball

Bestell-Nummer: **9614**  
Preis je 1 Stück: **13,20 €**  
inkl. MwSt.: 15,31 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de